

Bayerischer Naturschutzpreis 2019

Rede Michael Müller

Lieber Hubert, lieber Richard,
meine Damen und Herren oder besser gesagt
liebe Freunde und Freundinnen der Natur!

Mir fällt es schwer, auf Lobeshymnen zu antworten, außer natürlich: herzlichen Dank, ich freue mich sehr darüber.

Und noch ein Hinweis: Es ist die zweite Auszeichnung, die ich überhaupt erst annehme. Ich wurde mehrmals gefragt, aber ich habe das nie gewollt aus einem einfachen Grund: Es gibt leider zu viele Ehrungen an Leute, die sie wahrlich nicht verdient haben. Es ist ein unappetitliches Kapitel, welche Verdienstmedaillen in der Nachkriegszeit frühere Nazis vergeben wurden. Damit will ich nichts zu tun haben.

Ehrungen dürfen auch keine Art von Ablasshandel sein – aus welchen Gründen auch immer. Der Maßstab für eine Ehrung ist für mich, dass nicht nur derjenige, der ihn erhält, sondern auch diejenigen, die ihn vergeben, sich in der herausgestellten Sache glaubwürdig engagieren. Ich habe bisher erst eine Ehrung angenommen, das war 1991. Damals wurden wir – die Klima-Enquete des Deutschen Bundestages - von den Vereinten Nationen für unser erstes Treibhausgas-Minderungsszenario ausgezeichnet, mit dem wir weltweit der Pionier waren.

Erste Anmerkung: Der Widerspruch zwischen Wissen und Handeln. Unsere Arbeit in der Klima-Enquete hatte das Ziel, in den alten Bundesländern die Kohlendioxidemissionen und die anderen Treibhausgase bis zum Jahr 2005 um mindestens 33 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Wir haben das konkret berechnet, übrigens bei einem gleichzeitigen Ausstieg aus der Atomenergie. Danach sollte es so weitergehen von 2005 bis 2020, wieder um ein Drittel und so weiter. Wir hätten heute bereits eine Reduktion um mindestens um 65 Prozent erreicht.

Das war keine papierende Forderung, sondern ein detailliert durchgerechnetes Szenario. Es zeigte auf, welche Hemmnisse und Widerstände es gibt und welche Interessenvertreter den Ausstieg aus der fossilen Welt verhindern wollen. Aber das Schlimmste an der Geschichte war, dass unsere Empfehlungen zwar einstimmig im Bundestag beschlossen wurden, aber folgenlos blieben. Als Folge daraus fasste das Bundeskabinett den Beschluss, in Westdeutschland der Treibhausgase bis 2005 um mindestens 25 Prozent zu verringern. Weiter hieß es: „Und in den neuen Bundesländern erwarten wir einen noch deutlich höheren Minderungsbeitrag“.

Dieser Kabinettsbeschluss ist jedoch gleichsam zum Fake verkommen. Und das wurde leider zu einer prägenden Lebenserfahrung im Umgang mit dem ökologischen Thema: der eklatante Widerspruch zwischen Wissen und Handeln, die alltägliche Blockade von Aufklärung und Vernunft. Das soll hier mein Thema sein, denn der Klimaschutz steht da nicht allein, er ist gleichsam prägend für die Unfähigkeit, das Notwendige auch zu tun.

Noch einmal: Ich habe in die Preisverleihung eingewilligt vor allem aus großer Sympathie für Hubert Weiger und ebenso aus großer Zustimmung für die Arbeit des BUND und des BN. Also Danke schön und viel Erfolg für eure Arbeit in der Zukunft.

Zweite Anmerkung: Politisch sein heißt Zusammenhänge verstehen. Ich will angesichts der schlechten tagespolitischen Verfassung der Politik auch was zu meinem Verständnis von meiner politischen Rolle sagen. Das ich von der Politik und den Parteien enttäuscht bin, kann ich gar nicht abstreiten. Dennoch bin ich zutiefst überzeugt, dass ohne ein verstärktes politisches Engagement vor allen der Akteure, die sich für ökologische Fragen einsetzen, wird der überfällige Umbau keine sozialökologische Transformation sein. Es ist immer noch etwas anderes, Einzelforderungen, so wichtig sie sind, oder eine gesellschaftliche Reformstrategie zu entwickeln und dafür Mehrheiten zu erstreiten.

Für die Ökologie geht es heute darum, aus der Umweltschutzpolitik eine gesellschaftliche Reformstrategie zu machen. Ganz im Sinne von Alexander von Humboldt - der vor 250 Jahren geboren wurde-, nicht nur die Erscheinungen und auch einzelnen Veränderungen zu sehen, sondern immer auch die Zusammenhänge. Das war auch das Fazit von John Maynard Keynes im Jahr 1930 bei der Bewertung der Weltwirtschaftskrise von 1929. Wir dürfen nicht blind sein für das, was unter der Oberfläche vor sich geht, für die langfristigen Entwicklungstendenzen. Das ist in erster Linie eine politische Herausforderung. Von daher kommen wir gar nicht daran vorbei, den Parteien Druck zu machen und von ihnen zu verlangen, die Strategie einer sozial-ökologischen Transformation zu entwickeln.

Ich bedauere zum Beispiel sehr, dass es - mit Ausnahme vielleicht von Kate Pickett und Richard Wilkinson - kaum Studien über den Zusammenhang von Gerechtigkeit und ökologischem Umbau gibt. Sie zeigen sogar auf, dass es einen engen Zusammenhang gibt. Und ich bedauere auch, dass John Rawls - der große Theoretiker der Gerechtigkeitsfrage - sich mit dem ökologischen Thema nie beschäftigt hat. Ein trauriges Zeichen und ein Hinweis darauf, dass eine große Lücke besteht. Warum wurde auch der hoffnungsvolle Ansatz Ende der 1980-er Jahre, Arbeit und Umwelt

zusammenzufügen, nicht weiterentwickelt? Jetzt, beim Ausstieg aus der Kohle, zeigt sich, welcher Fehler da gemacht wurde.

Deshalb: Ich plädiere dafür, dass gerade Umweltleute in die Parteien gehen, um dort ökologisches Denken zu vermitteln und zu stärken. Es geht nicht um einen kurzfristigen, aber wenig glaubwürdigen Überbietungswettbewerb als Reaktion auf die Schülerproteste, weil das Thema, bei dem die Politik mit dem Bericht „Schutz der Erde“ 1990 mal führend war. Heute gibt es immer neue Forderungen, mehr oder weniger schlecht abgeschrieben und übernommen, aber eine sozial-ökologische Strategie ist das nicht. Wie ein Fähnchen im Wind, ökologisches Denken ist das nicht.

Die, die in die Parteien gehen und sich dort engagieren, müssen zwei Kriterien beachten:

1. Sie dürfen sich nicht durch Apparate und kurzfristige Kalküle steuern lassen, sondern müssen sozial-ökologische Netzwerke bilden, um unsere Ideen dort in aller Konsequenz umzusetzen;
2. Parteitaktisches Vorgehen, also das Strippen ziehen, darf nicht unser Geschäft sein, sondern die Verpflichtung zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft und Gesellschaft zu kommen.

In dem Theaterstück „Das Himbeerreich“ - der Name steht für die 31. Etage der Deutschen Bank, also die Vorstandsetage - gibt es eine Szene, in der Spekulant Gottfried Kastein gefragt wird, wie es zu dem Finanzcrash von 2008 kommen konnte. Er antwortete darauf, dass die Gelddealer nur die Eier gekannt haben, nur den schnellen Gewinn, aber ihnen waren die Folgen egal. Damit konnten sie gut leben. Und dann sagt er: „Wir waren nicht politisch, denn politisch sein heißt, Zusammenhänge verstehen“, also die Folgen von Entscheidungen zu sehen und zu beachten.

Dritte Anmerkung: Die unvollendete europäische Moderne. Wir dürfen uns in der schnell zusammenwachsenden, störanfälligen, verschmutzten und ungleichen Welt nicht nur einzelne Punkte sehen, auch nicht allein die ökologischen Fragen, sondern wir müssen sie einordnen in die Grundfrage, welche Zukunft haben die großen Ideen der europäischen Moderne, also den Grundlagen, denen die Welt viel zu verdanken hat: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, also Brüderlichkeit und Schwesterlichkeit, Aufklärung, Vernunft und das Prinzip Verantwortung. Europa ist, wie wir von Max Weber wissen, zum Weltmodell aufgestiegen. Aber die unvollendete europäische Moderne hat auch eine zentrale Schwäche, nämlich die Naturvergessenheit. Ein Beispiel: Der berühmte Satz, den jeder kennt, von einem der Wegbereiter der europäischen Moderne, dem Aufklärer Francis Bacon, heißt: „Wissen jedoch ist Macht“. Aber was danach

kommt, wissen nur wenige. Denn: „Dafür müssen wir die Natur auf die Folterbank der Experimente spannen“.

Ein ökologisches Verständnis ist das wahrlich nicht, aber das gehört zur Ideengeschichte der europäischen Moderne. Und heute stellt sich die Frage, ob und wie wir diese großen Ideen bewahren und mit dem Gedanken der Bewahrung verbinden können. Das heißt im Kern, mit der Einbeziehung und Beachtung von Grenzen. Das ist der Gegensatz zur Leitidee der Linearität, die aus der jüdisch-christlichen Tradition stammt und zu Glauben an eine ständige Vorwärtsbewegung der Gesellschaft geführt hat. Daraus wurde die Fixierung auf wirtschaftliches Wachstum und das technokratische Paradigma.

Heute geht es im Kern darum, dass diese Verengung der zentralen Idee der europäischen Moderne, die auf die Emanzipation und Freiheit des Menschen ausgerichtet ist, nicht haltbar ist. Ökologisches Denken heißt nicht nur, ein dauerhaftes Gleichgewicht zu finden, sondern dabei auch Grenzen zu beachten. Das ist der zentrale Unterschied zu den Ideen und Visionen der europäischen Moderne. Dort war der zentrale strategische Ansatz die Entfaltung der Produktivkräfte, die in eine „höhere Gesellschaft“ führen würden.

In der Studie der asiatischen Akademien der Wissenschaften von 2011 zum Thema „Für ein nachhaltiges Asien“ , die wesentlich von chinesischen Vordenkern geschrieben wurde, heißt es, dass die Zeit des Nachholens und des Überholens vorbei sei. Die Zukunft müsse nicht von der Quantität, sondern von der Qualität in Wirtschaft und Leben geprägt werden. In dieser Frage sei nicht Amerika die größte Konkurrent, sondern das - zerstrittene – Europa. Das Fazit heißt, aus drei Gründen würde Asien diese Konkurrenz für sich entscheiden:

1. Asien hätte den größeren Markt.
2. Viel stärker als in Europa sei dort eine Kultur des Bewahrens ausgeprägt.
3. In China sei der Umbau einfacher, weil es dort nicht die lästige Demokratie gäbe. Also dort könne die Partei den Umbau von oben durchsetzen.

Ganz egal, wie wir die Entwicklung in den asiatischen Gesellschaften einschätzen: Wir Europäer müssen zeigen, dass gerade die Demokratie den sozialökologischen Umbau möglich macht. Das bedeutet allerdings, dass wir mehr Demokratie brauchen. Eine, die auf weitere Bereiche erweitert und vertieft wird. Und es bedeutet, dass die Politik das will. Ich kenne die Debatte über eine Öko-Diktatur und weiß auch, dass auch Vertreter in Umweltverbänden an der Durchsetzungskraft der Demokratie zweifeln. Der Sozialwissenschaftler Quentin Skinner hat beispielsweise herausgearbeitet, dass in der

individualisierten Massendemokratie viele Menschen eine „Cordon of individual rights“ um sich aufzubauen, der die Demokratie blockiert. Dazu zwei wichtige Punkte:

Erstens: Wir dürfen die zentralen Strategien und Begriffe der Umweltpolitik nicht den überaus flexiblen, aber inhaltsleeren Meinungsbildnern überlassen, die sie beliebig machen, so wie beispielsweise die große Idee der Nachhaltigkeit, die in den letzten Jahren zu einer Art Plastikwort verkümmert ist, das man für alles und nichts gebraucht wird.

Zweitens: Wir dürfen nicht zulassen, dass auch die Idee der sozialökologischen Transformation oder das Verständnis von Anthropozän – das Zeitalter der Menschen oder Menschenzeit - uminterpretiert und damit missinterpretiert werden.

Vielmehr müssen wir in der Interpretation ökologischer Begriffe und Themen zu einer kulturellen Dominanz – oder besser gesagt Hegemonie - in der Gesellschaft kommen. Denn es geht nicht einfach nur um neue Begriffe und Kategorien, sondern um ein neues Gesellschaftsmodell, das die großen Ziele der europäischen Moderne bewahrt, sie aber mit Ideen der ökologischen Erneuerung, also der sozial-ökologischen Transformation, verbindet. Das bedeutet, es geht nicht nur um Teilkorrekturen, nicht allein um Ergänzungen, sondern um ein neues Verständnis von Fortschritt.

Vierte Anmerkung: Leben im Zeitalter des Menschen. Das ist heute noch wichtiger, denn wir leben im Anthropozän. Der von Hubert Weiger schon angesprochene Nobelpreisträger Paul J. Crutzen war im Jahr 2000 auf einer Konferenz des UNO-Gremiums „World Change“, also über die Veränderung, das sich mit den globalen Herausforderungen beschäftigt, als er dort spontan einen Redner unterbrach, der über den Klimawandel redete und ihn in die Erdpoche des Holozäns einordnete: „Stoppen Sie. Wir sind schon lange nicht mehr in der gemäßigten Warmzeit der letzten 12.000 Jahre, wir sind im Anthropozän“. In der Menschenzeit ist der Mensch zur stärksten Naturgewalt aufgestiegen. Deshalb dürfen wir nicht so tun, als ob alles von der Natur aus über uns kommt, vielmehr haben die Überlastung der Öko-Systeme und die Ausplünderung der Ressourcen einen konkreten Verursacher, nämlich den Menschen“.

Crutzen hat zusammen mit dem Gewässerbiologen Eugene Stoermer in demselben Jahr einen kurzen Aufsatz veröffentlicht und 2002 jenes berühmte Essay in Nature „Die Geologie der Menschheit“. Der Aufsatz wurde zu den meistzitiertesten geowissenschaftlichen Artikel zwischen 2000 und 2011. Im Jahr 2007 hat Crutzen das Anthropozän konkret zusammen mit dem Umwelthistoriker Robert McNeill und dem Klimaforscher Will Steffen begründet. Und er hatte Erfolg: Im Jahr 2015 hat die für die Periodisierung der Erdgeschichte zuständige Stratigraphische Kommission auf dem

Weltkongress der Geologen in Südafrika die Prüfung des Vorschlags vorgetragen und die Änderung der Erdpoche akzeptiert. Es bleibt der Streitpunkt, wann die neue Erdpoche begonnen hat, wann der „Golden spike“ zu setzen ist.

Crutzen hat als Datum 1876 vorgeschlagen, als das Watt'sche Parallelogramm zur Verbesserung der Dampfmaschine erfunden wurde, das als Beginn des Industriezeitalters gilt. Die Mehrheit der stratigraphischen Kommission schlug dagegen 1945 vor, als es zu den ersten Abwürfen von Atombombe kam, und viele andere industrielle Prozesse eine neue Dimension annahm. Oder andere wiederum 1950, den Beginn der Great Acceleration, der unglaublichen Beschleunigung in der Urbanisierung, der autogerechten Stadt, der chemischen Entwicklung und so weiter.

Letztlich egal. Denn entscheidend ist, was mit Anthropozän ausgesagt wird und welche Konsequenzen damit verbunden sind. Die Tragweite wird aus meiner Sicht bisher zu wenig gesehen. Neu ist vor allem, dass wir es bei dieser Erdbewertung nicht mit den Umwelt- und Naturzerstörungen der Vergangenheit zu tun haben. Vielmehr geht es um eine Prognose über eine mögliche Selbstzerstörung der Menschheit. Entscheidend ist: Die Umwelt- und Naturzerstörung hat eine globale Dimension und damit eine neue Qualität angenommen. Die Überlastung der Senken und der Raubbau der Ressourcen haben eine Dimension erreicht, die zu sich beschleunigenden und verstärkenden Veränderungen im Erdsystem führen, die die nächsten Jahrtausende prägen wird. Das sind die befürchteten Kippunkte.

Die Warnsignale werden stärker, uns läuft die Zeit weg. Das wird konkret nachgewiesen - an den planetarischen Grenzen, am ökologischen Fußabdruck, am Welterschöpfungstag. Das bedeutet: Die Ökologie muss zum Ausgangspunkt der Politik und unseres Denkens werden. Kurz: Ohne Ökologie ist künftig alles nichts.

Fünfte Anmerkung: Der anthropogene Klimawandel. Hubert Weiger hat den Klimawandel angesprochen, das Musterbeispiel nicht nur für globale Umweltgefahren, sondern auch für den Widerspruch zwischen Wissen und Handeln. Die vom Deutschen Bundestag – scheinbar auch ein Geheimbeschluss – im Jahr 1990 vorgegebene „Erwärmungsobergrenze“ von 1,5 Grad Celsius wird im Trend um das Jahr 2040 erreicht werden. Der Unterschied zwischen 1,5 Grad Celsius und 2 Grad bedeutet: Für 400 Millionen Menschen werden die Ernährungsgrundlagen wegbrechen und für etwa 100 Millionen Menschen wird die Trinkwasserversorgung wegbrechen. Das zweitgrößte Ökosystem der Erde - die Korallenriffe – werden unwiederbringlich zerstört. Das machen nur 0,5 Grad Celsius aus. Tatsächlich bedeutet die Selbstverpflichtungen, die in Paris vorgelegen haben, wenn man die bis Paris geltenden Wahrscheinlichkeitsrechnung nimmt, eine globale Erwärmung um 3,2 Grad Celsius. In Paris wurden die Grundlagen

geändert, es wurde getrickst, um das Bild schöner zu machen. Dennoch sind es immer noch 2,8 Grad Grad Celsius. Und das war bevor Amerika und Brasilien aus dem Pariser Abkommen ausgestiegen sind.

Deshalb bleibe ich skeptisch, solange es keine wirklichen Konzepte mit entsprechender Transparenz und Überprüfung gibt. Ich bin froh, dass Paris eine Perspektive eröffnet hat, aber ich bin nicht überzeugt. Was bedeutet beispielsweise „klimaneutral“? CCS oder Sulfat spritzen in Meere oder Atmosphäre? Und international? Eine Renaissance der Atomenergie? Zurücklehnen dürfen wir uns auf keinen Fall.

Sechste Anmerkung: Die Rückkehr des Menschen. In der Öko-Enzyklika „Laudato si'“, die sich auf den Sonnengesang von 1226 bezieht, in dem Franz von Assisi alle Geschöpfe würdigt, schreibt Papst Franziskus: „Der Mensch ist nicht nur dabei die Natur zu zerstören, sondern er löscht sich selbst aus“. Darum geht es im Kern, dass wir die Natur zerstören, auf die der Mensch angewiesen ist. Das ist der eigentliche Punkt.

Aus meiner Sicht hat das Anthropozän eine doppelte, eine zweifache Bedeutung, ganz so wie in Orson Welles berühmten Film „Die Lady von Shanghai“. Der betrogene Ehemann der ermordeten Frau ist nicht nur der Ankläger des verdächtigen Liebhabers, sondern ist auch dessen Verteidiger, indem er sich selbst in den Zeugenstand ruft. Auch beim Anthropozän ist der Mensch nicht nur der Zerstörer, das überwiegt weit in der Debatte, sondern auch der potenzielle Retter der Natur. Ich bin davon überzeugt, dass gerade die Umweltbewegung auch die positive Perspektive vertreten muss: „Das Anthropozän bedeutet nicht nur Niedergang und Zerstörung, sondern genauso, dass der Mensch in seiner Verantwortung für die Menschheit gefordert ist und dafür zurück ins Zentrum muss. Das Kant'sche Prinzip der Verantwortung bekommt eine neue Dimension.

Ich bin nicht der Auffassung der Mehrheit - vor allem der Anthroposophen -, dass wir heute in einem Posthumanismus sind. Wir brauchen vielmehr einen Neohumanismus, also eine neue Qualität menschlicher Verantwortung, eine große Solidarleistung in Verantwortung des Menschen für die Menschheit. Darum geht es aus meiner Sicht im Anthropozän, eine neue Form der Emanzipation die Schluss macht mit der Ausbürgerung des Menschen aus der Erde.

Das Anthropozän-Konzept darf keine allein naturwissenschaftliche Debatte sein, es erfordert zwingend den Diskurs mit den Sozial- und Geisteswissenschaften, die wiederum nicht neidisch sein soll, dass ein Naturwissenschaftler die Debatte angestoßen hat. Bisher ist die Geisteswissenschaft zumindest in unserem Land zu wenig auf die Fragen eingegangen. Ich halte es, offen gesagt, für Quatsch wenn Harald Welzer in der SZ

schreibt, Anthropozän sei Folklore. Auch finde ich es falsch, wenn der Sozialwissenschaftler Jürgen Manemann behauptet, das Anthropozän sei unpolitisch. Ich finde hochpolitisch, wenn ein Naturwissenschaftler sich in dieser Weise in gesellschaftspolitische Fragen einbringt. Leider haben wir zu wenige davon. Vielmehr sehe ich in der Debatte die Chance eine neue Anschlussfähigkeit des Menschen ab die Natur statt der vorherrschenden Trennung zwischen *res naturae* und *res humanae*. Das dies auch in einem Systemzusammenhang zu sehen ist – unbestritten.

Siebte Anmerkung: Sozial-ökologische Transformation. Hubert Weiger hat völlig zu Recht gesagt, dass der Transformationskongress, den wir 2012 zusammen mit der EKD und dem DGB organisiert haben, ein wichtiger Schritt war. Ich bedauere, dass der DNR nicht sehr viel stärker an dem Thema dran geblieben ist.

Auch bei der Transformation wird der Begriff missbraucht. Auch hier ist Klarheit notwendig. Meistens wird der Transformationsbegriff in Anlehnung an die Veränderung der RGW-Staaten nach dem Zusammenbruch der in Ost und West geteilten Welt im Übergang zum Neoliberalismus und zur Marktwirtschaft gesehen. Ich halte das für eine oberflächliche Sicht, die ihre Wurzeln auch in einer neoliberalen Ideologie. Meines Erachtens war es ein historischer Fehler, den Aufbau Ost nicht mit dem Umbau West zu verbinden. Das wäre für beide Seiten richtig gewesen, hätte uns vorangebracht und für beide Seiten eine gemeinsame Identität geschaffen. John le Carré hat mit seiner literarischen Beschreibung der Situation in „Stille Gefährten“ Recht: „Wir haben gewonnen. Vielleicht haben aber die anderen nur verloren. Vielleicht fangen die Probleme jetzt erst richtig an“. Tatsächlich werden wir immer stärker konfrontiert mit großen ökologischen, aber auch sozialen Problemen.

Das zweite Transformationsverständnis kommt vom WBGU, dem Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen. Es ist keine analytische Darlegung, sondern der Versuch, Transformation als Hoffnung auf einen neuen Gesellschaftsvertrag zu beschreiben. Aus meiner Sicht ist analytische Ableitung unverzichtbar. Ich knüpfe dabei an das Werk „The Great Transformation“ von Karl Polanyi an, dass der Wirtschaftsanthroposoph aus Wien 1944 zur Erklärung der Katastrophen des letzten Jahrhunderts geschrieben hat. Danach ist die Triebkraft für das Jahrhundert der Extreme die Verselbständigung – oder, wie Polanyi schreibt, die Entbettung - der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen.

In der großen Transformation heißt es: sich selbstüberlassene Marktkräfte erniedrigen die menschlichen Tätigkeiten, erschöpfen die Natur und machen die Wirtschaft krisenanfällig. Das beschreiben sehr gut Beiträge in der Politischen Ökologie. Ich freue mich, dass Jacob Radloff vom Oekom-Verlag hier ist, der sehr viele gute Bücher zu

ökologischen Fragen herausgibt, auch zur Transformation. Leider wird zu wenig gelesen, richtig gelesen, also auch längere Texte. Vielen Dank an Oekom,

Polanyi schreibt, die Idee eines selbstregulierenden Marktes ist eine krasse Utopie.

Eine

solche Institution kann über längere Zeiträume nicht bestehen, ohne die menschliche und die natürliche Substanz der Gesellschaften zu vernichten. In diesem Sinne sagte Siegfried Lenz schon 1988 bei der Verleihung des Buchpreises des Deutschen Buchhandels, dass „eine Ende des menschlichen Lebens, so wie wir es kennen, denkbar wird.“ Er nennt das eine der zentralen Friedensfragen unserer Zeit.

Man muss Polanyi nicht in allem folgen. Sein Großgemälde hatte zweifellos weiße Flecken und grobe Striche, aber in den Grundzügen ist es eine richtige gesellschaftliche Beschreibung, die auch heute in neuen Formen und mit anderen Akteuren möglich ist. Auch heute erleben wir eine Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft und damit natürlich auch aus der Natur. Dadurch entwickeln sich Gegenbewegungen. Historisch hat sich diese Gegenbewegung in Europa als faschistische und nationalistische Bewegungen gezeigt. In Amerika war es dagegen der New Deal, also der Wohlfahrtsstaat. Auch die Ökologiekrise muss in einem Zusammenhang mit der Entbettung der Ökonomie aus der Gesellschaft gesehen werden. Sie muss immer in einem sozialen und demokratischen Zusammenhang gesehen werden.

Achte Anmerkung: Ein Zurück gibt es nicht. Auch wenn die letzten Jahren ideologisch vor allem vom Neoliberalismus geprägt wurden und von daher der keynesianische Wohlfahrtsstaat als Fortschritt erscheint, ein Zurück zum alten Modell des Wohlfahrtsstaates kann es nicht geben. So wichtig die Rückkehr zum Allgemeinwohl, zu einem gestaltenden Staat und zu mehr sozialer Sicherheit auch ist, das lässt sich nicht einfach ergänzen mit dem Schutz des gemeinsamen Erbes der Menschheit, der Natur.

Wir kommen nicht an der Einsicht vorbei, dass die Ökologie uns vor die Herausforderung von Grenzen und Endlichkeit stellt. Damit ist es vorbei mit dem Schneller, Höher, Weiter, das als Fortschritt ausgegeben wurde. Das erfordert, wie Alexander Mitscherlich in seinem großartigen Werk über die „Unfähigkeit zu trauern“ geschrieben hat, die Durchdringung der Probleme, eine Ablösung vom Gegebenen und ein grundlegender Neuanfang. Das erfordert eine bewusste Trauer und die Ablösung vom alten Modell. Das bedeutet eine Neubestimmung der Idee der Linearität, die aus der christlichen Tradition stammt und die ursprünglich die Emanzipation des Menschen ins Zentrum stellt. Doch in den letzten Jahrhunderten ist es immer stärker zu einer Verengung

dieser Idee auf technischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum gekommen. Das ist zur Sackgasse geworden.

Gerade weil die Idee der Emanzipation die zentrale Grundlage des Europäischen Modells bleiben soll und muss, darf diese Idee nicht in der Verengung der Entfaltung der Produktivkräfte als Voraussetzung für eine höher entwickelte Gesellschaft bleiben. Das ist historischer Unsinn, denn die Nutzung der Produktivkräfte ist eng mit der Nutzung der Natur verbunden. Deshalb geht es um Qualität und Bewahren, um Schutz und Nachhaltigkeit.

Das heißt nicht, dass ich gegen technischen Fortschritt und wirtschaftliche Entwicklung. Aber sie müssen erstens nachhaltig sein, zweitens dauerhaft gerecht und drittens politisch gestaltet werden. Sie dürfen nicht einem blinden Zwang der kurzfristigen Renditesteigerung unterworfen werden. Auch das Menschenrecht auf Irrtum, das den technischen Fortschritt geprägt hat und dem wir fast alles zu verdanken haben, gerät angesichts der systemischen Gefahren der Großtechnologien längst an Grenzen.

Dennoch gibt es nach wie vor den Glauben, wie ihn zum Beispiel die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer gerade in einem Aufsatz in der „Zeit“ geschrieben, dass vor allem technische Lösungen der Weg aus der Öko-Krise wären. Das ist entweder ideologische Verblendung, die in die falsche Richtung führt, oder analytische Verzweiflung, wie sie auch bei Paul Crutzen zu spüren ist. Er fordert deshalb, als Plan B über Geo-Engineering nachzudenken. Nicht, weil er das für richtig hält, sondern weil er an der Politik zweifelt, dass sie das Notwendige tut. Dafür gibt es eindeutige Beispiele. So hat beispielsweise die Weltgemeinschaft schon auf dem Erdgipfel 1992 mit dem Klimarahmenvertrag beschlossen, die Treibhausgasemissionen so zu verringern, dass die Atmosphäre geschützt wird. Bis heute haben sich seitdem die Treibhausgasemissionen fast verdoppelt. Insofern ist die Frage die Crutzen stellt, berechtigt.

Obwohl ich seine Antwort nicht teile, ist das die Herausforderung, die wir sehen müssen. Das Problem können wir nur lösen, wenn es zu einer neuen Qualität von Demokratie und Verantwortung, von Vernunft und Aufklärung, von politischer Gestaltung kommt.

Wir brauchen die konkrete Vision einer entropischen Wirtschaft, die kompatibel ist mit den solaren Kräften unseres Universums und die sich über möglichst viele und weitgehend geschlossene Kreislaufsysteme organisiert. Wir brauchen auch mehr Dezentralität. Ich halte es für falsch, wenn es bei der Energiewende – was positiv ist - zu immer mehr erneuerbaren Energien kommt, weshalb auch der Deckel im EEG schnell weg muss, aber dennoch versucht wird, aber alles nach wie auf zentralistische Großsysteme ausgerichtet ist. Das ist nicht meine Position.

Wir brauchen mehr Demokratie, mehr Dezentralität und neue Parameter für Fortschritt. Und wir brauchen endlich auch eine wirkliche Effizienzrevolution. Natürlich kenne ich die Debatte über den Rebound-Effekt. Aber umgekehrt ist noch wichtiger, dass es bisher noch keine Effizienzrevolution gegeben hat. Es gab sicherlich in vielen Bereichen Effizienzsteigerungen, aber keine Effizienzrevolution. Im Energiebereich werden Einsparpotentiale von über 40 Prozent nicht genutzt.

Aber auch eine Effizienzrevolution reicht in Verbindung mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht aus, die ökologischen Krisen zu meistern. Notwendig ist auf jeden Fall eine Suffizienzstrategie. Die Umweltbewegung darf sich nicht an der unbequemen Wahrheit vorbeidrücken, dass der Hyperkonsum der Industriestaaten die Tragfähigkeit der Erde weit übersteigt. Deshalb wollen wir, wie Erich Fromm sie beschrieb, eine Welt, die weder Mangel, noch Überfluss kennt.

Neunte Anmerkung: Ökologiepolitik ist auch eine Friedensfrage. Die Ökologiebewegung ist nicht nur heute, sondern in diesem Jahrhundert von zentraler Bedeutung. Sie ist gefordert und muss den politischen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Nicht nur, weil sie ein Gegengewicht zu der von Karl Polanyi herausgearbeiteten Doppelbewegung sein muss, also die aufkommenden nationalistischen Kräfte, die die negative Seite kennzeichnen, wogegen die Umweltbewegung einen neuen Fortschritt setzen muss. Aber auch, weil sonst im 21. Jahrhundert die reale Gefahr eines doppelten Selbstmords droht.

Ein schneller Selbstmord durch die dramatische, überall in der Welt zunehmende neue Aufrüstung, die unter dem harmlosen Wort der Modernisierung steht. Aber kann man die Hochrüstung mit neuen Atomwaffen Modernisierung nennen? Das ist üble Täuschung. Die Rüstungsausgaben sind heute höher als 1988, dem Jahr vor dem Ende der in Ost und West geteilten Welt. Auch in unserem Land haben seit 2014 die Rüstungsausgaben um 34 Prozent zugenommen. Nicht für den Klimaschutz, sondern für die Rüstung. Deutschland nimmt Platz 8 in der Rangliste der Rüstungsausgaben ein. Sollte das Ziel einer Erhöhung auf 2-Prozent des BIP umgesetzt werden, wie das Frau Kamp-Karrenbauer will, wird Deutschland je nach wirtschaftlicher Entwicklung auf Platz 3 oder 4 eintreten, in der Welt aufsteigen. Das ist Irrsinn.

Und wir erleben die Gefahr eines langsamen Selbstmordes durch die Erderwärmung. Das Geld, das für die Hochrüstung rausgeworfen wird, fehlt auch hier. Von daher müssen Umwelt- und Friedenbewegung wieder zu einer starken Einheit werden, so wie das in den 1980-er Jahren war.

Zehnte und letzte Anmerkung: Unsere Hoffnung. Was in dieser Situation Mut macht, ist eine gesellschaftspolitisch wache und starke Umweltbewegung. Ich teile das, was Hubert Weiger gesagt hat, dass die Teilnehmer im Hambacher Forst eine neue Jugendbewegung ist, die Hoffnung macht. Ich fand es großartig, dass bestimmt 70 Prozent der im Hambacher Forst anwesenden Jugendlichen unter 25 Jahre waren. Es gibt ein neues starkes Engagement. Wir müssen alles tun, dass dies kein individualistisches Engagement ist, sondern sich zur gesellschaftlichen Kraft für solidarische Umbaustراتيجien wird. Dafür müssen wir versuchen, die einzelnen Themen miteinander zu verbinden. Also nicht allein den Kohleausstieg, den Umbau des Verkehrssystems oder die Reduktion der grenzenlosen Gefahren synthetischer Stoffe zu kritisieren, sondern sie alle in einer gesellschaftlichen Philosophie und Strategie der sozial-ökologischen Transformation miteinander zu verbinden. Damit es zu einer grundlegenden Reform kommt und aus alltäglichen Risiken keine unvertretbare Gefahren werden. Deshalb dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Nach einmal: Es geht um die Zusammenhänge.

Ich sage das auch, weil ich mit Sorge sehe ich, dass beispielsweise die AfD neben der Frage des Euros und der Angstmache bei der Migration auch die Frage des Naturschutzes und der Heimatverbundenheit zu ihrem dritten Schwerpunkt machen will. Das hat nichts mit dem zu tun, was die Umweltbewegung will. Deshalb herzlichen Dank dem BN und auch dem BUND für sein starkes Engagement. Wir wissen, dass ohne Euch vieles nicht möglich gewesen wäre. Auch als Vorsitzender der Naturfreunde danke ich Euch, dass Ihr Eure Geschichte aufgearbeitet habt, auch das ist wichtig. Meine Organisation war nicht nur in der Zeit von 1933 bis 1945 von den Nazis verboten, sondern musste auch viele Blutopfer zahlen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam erfolgreich sein können, damit das 21. Jahrhundert kein Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe wird, sondern ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit – ein Jahrhundert der Umweltbewegung. Herzlichen Dank und alles Gute.